

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1923

31.8.1923 (No. 198)

Badischer Beobachter

Preis: 1 Pf. 1000. —
 in Heften 1000. —
 in Bänden 1000. —
 in Bänden 1000. —
 in Bänden 1000. —

Anzeigenpreis:
 1 Spalte, 1 mm hoch, 2000. —
 in Heften 1000. —
 in Bänden 1000. —
 in Bänden 1000. —

Verleger: Carl Schmitt, 555.
 Redaktionsdirektor: Dr. G. H. Meyer, Karlsruhe, Adlerstraße 42.
 Druckerei: Carl Schmitt, 555.
 Erscheinungstag: Freitag den 31. August 1923.
 Hauptredaktion: Dr. G. H. Meyer, Karlsruhe, Adlerstraße 42.
 Redaktion: Dr. G. H. Meyer, Karlsruhe, Adlerstraße 42.

Vom Tage.

Zu Düsseldorf beflaggen die Franzosen eine Billi- und 300 Millionen Mk. Von der Stadt Köln wird verlangt die Zahlung von 300 Millionen Mark.

Ueber Wodum ist der Belagerungszustand verhängt worden, wegen angeblicher Verletzung eines abgeleiteten französischen Offiziers. Nach einem späteren Bericht der Times soll das Siegerland zusammen mit dem Saarland bis Münster i. W. befreit werden.

Falls nicht in letzter Stunde eine Einigung zustande kommt, ist der Ausbruch des Streiks der Postenarbeiter und Reichsbankangestellten nicht mehr zu vermeiden.

Die Reichsstaatsverhandlungen in Bankgwerbe sind gescheitert, nachdem die Bankleitungen es abgelehnt haben, eine den Friedensgehalt in gewissen Verhältnissen sich anpassende Regelung der Besätze zu bewilligen. Die Einsetzung eines Schlichtungsausschusses wurde beim Reichsarbeitsminister beantragt.

Dr. Cuno wird in das Präsidium des Saag-Ausschusses eintreten und in solcher Eigenschaft einen Besuch in den Vereinigten Staaten machen.

Die Vorkonferenz besaß in der Angelegenheit des Janina-Mordes an italienischen Offizieren, der auf griechischem Boden stattfand, einen energischen Protest an die griechische Regierung zu richten und eine sofortige strenge Untersuchung der Angelegenheit zu verlangen. Der griechische Ministerpräsident beauftragte in einer Unterredung, die Mederer könnten nur Albaner sein.

12 Kriegsschiffe sind vom italienischen Hafen Tarent abgegangen mit versiegeltem Befehl. Neben den Kriegsschiffen wurden auch mehrere Truppenabteilungen, die im Hafen von Tarent zum Einmarsch bereit waren, mobilisiert.

Bei den wirtschaftlichen und politischen Verhandlungen des scheidenden Ministerpräsidenten Beneš mit Mussolini in Rom konnte eine völlige Einigung zwischen den beiden Staatsmännern erzielt werden. Beneš hatte vor seiner Abreise noch eine Audienz beim Papste.

Montag begannen die Finanzverhandlungen des Grafen Bethlen mit Beneš in Genf. Es ist anzunehmen, daß die ungarische Anleihe noch langwierige Verhandlungen bis zur Klärung machen werden.

Die englische Arbeitslosenfrage in der letzten Woche belief sich auf 1 223 300 Personen. Das bedeutet eine Zunahme von 11426 seit der vorhergehenden Woche.

Kolen soll eine amerikanische Anleihe (von der Morgan-Bank) in Höhe von 150 Millionen Dollars erhalten; sie soll durch die Hilfe, das Tabakmonopol und die Krücker von Wladimir garantiert werden.

Marktlage und innerer Aufbau

Von R. A. Stanger-Karlsruhe.

Zur natürlichen Stützung der Marktlage gehört der innere Aufbau Deutschlands. Dieser besteht darin, daß man im Reich, in den Freistaaten und Gemeinden alle unproduktiven Ausgaben zu produktiver Arbeit verwendet. Der Staatswirtschaft letzter Schluß lautet heute: Preis, Tarif- und Gehaltsveränderung. Die Erwerbslosigkeit vermindert sich, damit steigt die Arbeitslosigkeit mit ihr die Kosten der Arbeitslosenunterstützung.

Arbeitslosigkeit, d. h. Stilllegung der Kräfte, die produktive Arbeit leisten oder geleistet haben, dürfte es in einem Staat wie Deutschland, der so sehr auf die Produktion angewiesen ist, nicht geben. Wir sind mit Arbeit überhäuft und haben viele Arbeitslose. Ein Widerspruch und doch eine Tatsache, die darauf schließen lassen, daß etwas faul sein muß im Staate Deutschland.

Auf dem Gebiet des Wohnungsbaues ist der Grundstein zum Aufbau Deutschlands zu legen. Es muß aber der bisherige Weg der Veranlagung und Erhebung der Wohnungsabgabe verlassen werden, weil die Verwaltungskosten den größten Teil der Wohnungsabgabe verschlingen und das, was etwa übrig bleiben sollte, den Ringen, Syndikaten und Trusts für die künstlich in die Höhe getriebenen Preise der Baumaterialien zufällt, jedoch für den Wohnungsbau wenig mehr übrig bleibt.

Es wurde bereits an anderer Stelle der Vorschlag gemacht, man möge in jedem Freistaat Wohnungsbau-Aktiengesellschaften gründen, die die Baustoffe selbst beschaffen, und die Wohnungserhalter. Das Reich, die Freistaaten und Gemeinden haben in Feldern und Wäldern die Baustoffe im Rohzustand, die durch die A.-G. mit Hilfe der Arbeitslosen zu heben, zu bearbeiten und zum Bauen zu verwenden sind. Man wäre nur die Aktiengesellschaft die rechte Form zur Selbstbeschaffung von Baumaterialien und zum Wohnungsbau, weil sie leicht beweglicher, schnell beschaffbarer und unsichtbarer arbeiten kann, als wie die schwerfälligen, bürokratischen Staats- und Stadtbetriebe. Das Reich, die Gemeinden und Private können sich nach freiem Ermessen Aktien einer solchen Wohnungsbau-A.G. beschaffen, die Zahl der Wohnungsabgabe erhalten bei der Zahlung einer

gewissen Summe von Wohnungsabgabe jeweils eine Aktie überreicht, wodurch die Inhaber der Aktien mit allen Rechten und Pflichten an dem Vermögen der Wohnungsbau-A.G. beteiligt sind. Wenn jeder Später seine Gelder vor Entwertung geschützt, in solchen Bauaktien anlegen kann, würde die zwangsweise Erhebung der Wohnungsabgabe mit den vielen und hohen Verwaltungskosten hin, wie.

Die Gesetzgeber müßten zum Wohnungsabgabegesetz folgende Ergänzungsvorschrift erlassen: Wer bei einer im Land zugelassenen Wohnungsbau-A.G. monatlich für 5-10 Proz. seines Einkommens Aktien erwirbt, ist von der Zahlung der Wohnungsabgabe befreit.

Mit der Verteilung der Wohnungsabgabe auf die Einkommen und bei Gründung einer Wohnungsbau-A.G. hätte man in Wirklichkeit auch die Leute getroffen, die jetzt und in Zukunft Wohnraum für sich beanspruchen, während die große Mehrzahl davon heute so viel wie nichts an Wohnungsabgabe bezahlt, obwohl sie gleiche und oft noch höhere Arbeitsentlohnungen beziehen wie die Wohnungsinhaber, denen man die Wohnungsabgabe jetzt auferlegt.

Wer eine Wohnung für sich beansprucht, muß im Besitz einer Anzahl Aktien sein, gleichgültig, ob er sich dieselben gekauft, oder bei der Banktofschließung oder beim Bauen selbst erworben hat.

Die Beamten des Wohnungsamtes, der Berechnungs- und Verrechnungsstellen der Wohnungsabgabe können der Wohnungsbau-A.G. zu produktiver Arbeit überwiesen, bei größerem Bedarf an Beamten können noch andere unproduktive Stellen im Staats- und Gemeindebetriebe aufgehoben und die Beamten der Wohnungsbau-A.G. zugeteilt werden. Die Arbeitslosigkeit würde aufhören, weil eine große Arbeitsmöglichkeit, die sich über alle Städte bis auf das kleinste Dorf erstreckt, geschaffen wird. Und die Wohnungsnot ist bald beseitigt, wenn die Reichsstaatsregierung dem Willen dazu hat, die vorgezeichnete Ergänzung zum Wohnungsabgabegesetz vorzunehmen. Alles andere verlangt die Wohnungsbau-A.G. und führt es zu Ende.

Wenn in Deutschland, ohne Zwang, auf eine solche großzügige Weise die Wohnungs- mit der Arbeitslosenfrage gleichzeitig gelöst und dabei noch das Budget der Staats- und Gemeindeverwaltungen von unproduktiven Ausgaben entlastet wird, so ist dies die beste Marktlösungsaktion. Damit ist der Grundstein zum weiteren Aufbau Deutschlands gelegt.

Es wäre zu begrüßen, wenn alle, insbesondere auch die Arbeiter, die nicht dazu berufen sind, die Interessen des Staates und des Volkes zu vertreten, für oder gegen diesen Vorschlag in der Öffentlichkeit Stellung nehmen, sonst ist dieses Ziel nicht zu erreichen.

Zum Verbot des Zentralausschusses der Groß-Berliner Betriebsräte.

Die Kommunisten sind ein zähes Volk. Man hätte annehmen sollen, daß der eklatante Mißerfolg, den ihre Generalstreikbeweise in den Freistaaten des Reichs Dr. Cuno davontrieb, ihre innere Unsicherheit so vernehme hätte, daß sie vorläufig einmal sich in die Einsamkeit zurückgezogen hätten. Denn daß sie in tiefsten politischen Seelen sich über ihre Ziele nicht klar sind, daß sie, wenn sie zur Macht kämen, sich schamlos an andere auswärtige Mächte anlehnen müßten, und zwar in erster Linie nicht an England, das haben die Veröffentlichungen bewiesen, die der Amtliche preussische Pressedienst über die unterirdischen kommunistischen Mitarbeiter vorgenommen hat. Einer der Führer der Kommunisten und Mitglied der Bezirksleitung der kommunistischen Partei in Berlin, Maslow, hat in einer Sitzung vom 21. August erklärt, daß, wenn die Kommunisten der Parole des Sturzes der Regierung Cuno die Parole der Diktatur des Proletariats hätten folgen lassen, niemand gewagt hätte, was dann gekommen wäre; aber das, was gekommen wäre, wäre sicher nicht günstig für die Kommunisten gewesen. Derselbe Maslow empfahl dann auch, daß, wenn es im nächsten Winter zu größeren politischen Unruhen und Machtkämpfen kommen sollte, die Kommunisten sofort mit Verbindung mit den Tschechoslowaken, Polen und Frankreich suchen müßten. Man sieht, zu Recht zur Stellung der deutschen Arbeiter haben die Kommunisten, wenn sie sich unter sich offen aussprechen, nicht. Sie wollen nur die Macht und dann zur Stützung dieser Macht das deutsche Volk an seine kapitalistischen Nachbarn verwerfen.

In dieser Straßensituation und Gewissenlosigkeit liegt der Grund dafür, daß sie durch den letzten Mißerfolg nicht belehrt worden sind. Es ist Verbrecherpolitik, was sie mit beschränktem Sinn verfolgen, und daran war es an der Zeit, daß die Regierung mit Energie gegen sie vorgeht. Das Verbot ihrer Streikbeweise und der Parole der Einigung des Proletariats hat sie veranlaßt, ihre Art und Organisation auf einen neuen Boden zu stellen. Angriffsbetrieb blieben ihnen dabei, wenn auch jetzt mit neuen Methoden der Tücke und Hinterlist, in der Hauptsache die freien Gewerkschaften, deren Widerstand gegen die ihre Sabotagepolitik ihnen in Berlin besonders sichtbar gewesen ist. Bei den großen Aufgaben, welche dem deutschen Volke für die Sanierung der deutschen Wirtschaft und der Erledigung der außenpolitischen Probleme bevorstehen, werden auch an die freien Gewerkschaften

starke Anforderungen gestellt werden. Es ist gut, wenn sie dabei von unsachlichen Gemüthen, wie die bössartigen kommunistischen Sabotageversuche befreit werden. Man braucht darum in dem Vorgehen der Regierung gegen die Kommunisten nicht eine einseitige Schutzmaßnahme für die freien Gewerkschaften zu sehen, es hat durchaus Berechtigung auch aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Gründen, daß die Rote Fäulnis in der Gewerkschaft nur den ergrimmten Gewerkschaftler sieht, ist verständlich, ebenso ist es verständlich und entspricht es kommunistischer Auffassung über Wahrheit und Aufrichtigkeit in der Politik, daß sie die Veröffentlichungen des Amtlichen preussischen Pressedienstes zu leugnen und lächerlich zu machen sucht. Wir bedürfen in den kommenden Monaten der politischen Ruhe und Zusammenarbeit aller, da kann auch auf scharfe Mittel gegen Knechtler aus Prinzip nicht verzichtet werden.

Baden, Rhein und Ruhr.

Gewerkschaftsführer verhaftet.
 Mainz, 30. Aug. Der Vorsitzende der freien Gewerkschaften hier, Wilh. Thomas, Mitglied des Reichswirtschaftsrats, ist aus unbekannter Ursache von den Befehlshabern verhaftet worden.

50 Personen mit englischen Geleitscheinen ausgewiesen.
 Aus dem Ruhrgebiet, 30. Aug. Gestern nachmittag wurden auf der Station Hammerstein bei Bochum etwa 50 Personen, die in dem Besitz von englischen Geleitscheinen waren, festgehalten. Die Geleitscheine wurden zerrissen und die Festgehaltenen nach einigen Stunden in das unbesetzte Gebiet abgeführt.

Die Streiktrübsinn in Ruhrbergbau.
 Essen, 30. Aug. Der trübsinnige Zustand im Bergbau dauert an. Gestern ist in Essen der Vertreter des Staatskommissars, Mehlisch, eingetroffen, der zunächst Verhandlungen mit den Betriebsleitern führte. Am Abend fanden Besprechungen mit den Vertretern der Bergleute statt. Auf drei Seiten ist es im Laufe des gestrigen Tages zu Demonstrationen gekommen, die indessen ruhig verliefen.

Die Bevölkerung gegen die Separatisten.
 Köln, 28. Aug. Eine der sonntäglichen Propagandaabermählungen der rheinischen Separatisten hatte in München-Gladbach einen ersten Zwischenfall mit der Volksmenge zur Folge. Die Gasse, in der die Separatistenversammlung stattfand, wurde nach und nach von einer aus etwa 2500 Köpfen zählenden Menge umgeben, die sich aus allen Teilen der Bevölkerung zusammensetzte. Die Menge blieb zunächst ruhig. Als sich dann aber die Sonderbündler an dem Saaleingang zeigten, wurden sie mit Steinen zurückgetrieben. Darauf schlossen die Separatisten aus den Eingängen heraus und verletzten einige Personen. Die deutsche Polizei trat dazwischen, so daß sonstige Aktionen der erregten Menge, die die Gasse stürmen wollte, verhindert wurden. Es wurden dann Ansprachen gehalten, die der Treue zum Deutschen Reiche Ausdruck gaben und immer wieder wurden patriotische Lieder gesungen. Unter großem Jubel wurde dann schließlich eine Resolution angenommen, in der mit größter Schärfe die Proklamation des Verräters Dr. Dornen zurückgewiesen wird. Als danach auswärtige Sonderbündlergruppen mit grün-weißen Fahnen vom Bahnhof her anmarschierten, wurden die Kolonnen nicht ergriffen. Schließlich schritten die Belgier ein, erzwangen mit Gummihüpfeln und Pistolen den Separatisten den Abzug zum Saal und übernahmen den Schutz der Versammlung.

Frankzösische Unterstützung der Separatisten.
 Paris, 28. Aug. Die Pariser Blätter veröffentlichten heute früh in großer Ausdehnung einen Aufruf der französischen Separatistenpartei des Rheinlandes, im Anschluß an die Ereignisse von München-Gladbach. In dem Brief an die Befehlshaber der Rheinlande wird ansgeführt, daß die Separatistenpartei in München-Gladbach eine Demonstration für das unabhängige Rheinland als ein Pfand des Friedens und der Befriedung der Räter abgehalten habe. Der Brief beruht sich darauf, daß die französischen und belgischen Befehlshaber die Versammlung vorher genehmigt haben. Esdann wird eine Schilderung der bekannten Zwischenfälle gegeben mit der Aufforderung an Belgien und Frankreich, der Friedfertigkeit der vom wahren Verständniswünsche bezeugten Rheinländer jede moralische und wirtschaftliche Unterstützung zu verweigern.

„Sanktionen“ in M.-Gladbach.
 M.-Gladbach, 29. Aug. Oberbürgermeister Gieseler, Polizeikommissar Franz, Generalpräses der katholischen Arbeitervereine Prälat Dr. Otto Müller, christlicher Gewerkschaftsführer Bruno Trawinski, sind von der belgischen Befehlshaberbehörde wegen der Vorgänge in M.-Gladbach (Separatisten betr.) ausgewiesen worden. Die Familien müssen in vier Tagen folgen.

Innere Politik.

Beratung des Reichskabinetts.
 Berlin, 31. Aug. Der Tag meldet: Das Reichskabinett hielt gestern eine Beratung ab, in der wirtschaftliche Fragen und der Inhalt der Erklärung erörtert wurden, die heute Reichswirtschaftsminister, b. Raumer im Reichswirtschaftlichen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats abgegeben wird. Dr. Stresemann wird wahrscheinlich Sonntag dem vürttembergischen Ministerpräsidenten einen persönlichen Besuch abstatten. Bei dieser Gelegenheit wird Dr. Stresemann eine Rede über die innen- und außenpolitische Lage im Reich halten.

Weitere Steuern.
 Berlin, 30. Aug. Die Vertreter der Gewerkschaften waren gestern abend beim Reichsfinanzminister, Dr. Gilsberg, um die Erläuterung der Steuererlasse. Die Steuererlasse sind noch nicht erlassen. Wir werden mit Beschleunigung weitere Steuererlässe einbringen, die alles erfassen, was der Staat braucht, um die Inflation zu stillen. Bis dahin muß leider die Anpassung an die Weltmarktpolitik und auch die Teuerung fortgeschritten, aber sie werden zu unserer Gesundheit führen.

Das Ende des Marktenbrot.
 Berlin, 30. Aug. In Anwendung des § 3 des Gesetzes zur Sicherung der Brotversorgung im Wirtschaftsjahr 1923/24 vom 23. Juli hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft durch Verordnung vom 28. Aug. 1923 mit Zustimmung des Reichsrats den 15. Oktober 1923 als Endtermin der öffentlichen Brotversorgung bestimmt.

Ein deutschnationales Kampfsprogramm. — Forderung nach Diktatur und Bergeltungsmaßnahmen.
 Berlin, 30. Aug. Die deutschnationalen Blätter veröffentlichten heute eine Entschließung, die die Landesverbände der Deutschnationalen Volkspartei anlässlich einer Aussprache über die politische Lage im Reichstag am 28. Aug. nach einem Vortrag der Abg. Gerat, Dr. Helfferich, Schiele und Dr. Reichert gefaßt haben. Das umfangreiche Schriftstück wird von der Deutschen Zeitung unter folgenden Überschriften veröffentlicht: Das deutschnationalen Kampfsprogramm. — Einsetzung einer Diktatur für das deutsche Volk. — In dieser Entschließung, die auch in der Kreuzzeitung als Programm bewertet wird, werden u. a. folgende Forderungen eingehend präzisiert: 1. Durchführung des verfaßten Widerstandes an Rhein und Ruhr. 2. Bergeltungsmaßnahmen gegen die vom Felde auf deutschem Boden vertrieben Gemalteten. Ausweisung der französischen und belgischen Mitglieder der Entente-Kommission. 3. Einstellung aller Vertragsverhandlungen, Wehrhaftmachung des Volkes. 4. Abschaffung des Schutzes. 5. Außerordentliche Machtvollkommenheit einer vom Felde der Straße, der Parteien und Parteifraktion unabhängigen Stelle anstelle des ungenügenden Reichskabinetts. Bei Verweigerung solcher Vollmachten durch das Parlament Selbstbehauptung des Volkens. 6. Selbstbehauptung der Ordnungsgeliebten und wirklich arbeitenden Bevölkerung. 7. Nachprüfung der Steuererlässe. 8. Ausschaltung des verleumderischen Presses und Kettenhandels. 9. Schaffung eines rekonstruierenden Geldfußes. 10. Aufhebung aller die Wirtschaft hemmenden Beschränkungen. 11. Maßnahmen zur produktiven Beschäftigung der Erwerbslosen. 12. Verhinderung der Umwandlung fremdbürgerlicher, insbesondere ostfälischer Elemente.

Verbot der Sedanfeier in Sachsen.
 Dresden, 30. August. Das Ministerium des Innern macht bekannt: Alle Feiern des Sedantages, die geplant waren, besonders die unter freiem Himmel werden verboten, um Zusammenstöße zu vermeiden.

Der Goldkurs für die Landwirtschaft.
 Berlin, 31. Aug. Der Umrechnungssatz für die Abgabe der landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Betriebe (Landabgabe) beträgt für die Zeit vom 1. bis 7. September 1923 einschließlich 120000 für je eine Goldmark.

Gewerkschaften in Klauen.
 Dresden, 31. Aug. In Klauen ist es gestern den Blättern zufolge zu Zusammenstößen gekommen. Während eines Vortrags, den der Leiter des sächsischen Arbeitsamts Dr. Schäfer im Rathaus hielt, sammelten sich vor dem Rathausseingang etwa 4000 Gewerkschaften an. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei, wobei vier Beamte durch Steinwürfe verletzt wurden. Nach mehreren vergeblichen Versuchen der Polizei, gelang schließlich die Säuberung der Straßen durch proletarische Gendarmen.

Nachspiel der Interparlamentarischen Konferenz.
 Hamburg, 31. Aug. Nachdem auf der interparlamentarischen Konferenz in Kopenhagen eine dementsprechende Entschließung angenommen wurde, hat sich die interparlamentarische Gruppe des sächsischen Reichstags durch ihren Vorsitzenden Baron Adelsward an die sächsische Regierung gewandt, mit der Bitte, sie möge beim Völkerverbund einen Eingriff in die Reparationsfrage erwirken. Der An-

trag wird damit begründet, daß Schweden durch einen solchen Schritt keine außenpolitischen Verbindungen zu befürchten habe und das ganze Volk hinter dem Antrag stehe.

Appell des internationalen Gewerkschaftsbundes. In der Sitzung des Büros des internationalen Gewerkschaftsbundes am 29. August wurde eine Erklärung angenommen, in der es heißt: Angesichts des Ernstes der gegenwärtigen Lage appelliert der internationale Gewerkschaftsbund an das Gewissen und den Friedenswillen des internationalen Proletariats und ruft namentlich die deutschen, englischen, belgischen und französischen Arbeiter zum Handeln auf, um dem Zustande der Vergewaltigung ein Ende zu machen.

Zum Mord an den italienischen Offizieren.

Die italienische Flotte mobil gemacht. Mailand, 31. Aug. Der Secolo meldet, daß die italienische Flotte in Tarent Befehl zur sofortigen Mobilmachung erhalten habe. Zwölf Kriegsschiffe sind bereits in voller Kriegsausrüstung mit verriegeltem Besatz nach dem Piräus abgegangen.

Die Vorkriegskonferenz zu dem Mord. London, 30. Aug. Die politische Morbidität in Albanien war gestern Gegenstand von Besprechungen der Vorkriegskonferenz in Paris.

Die Vorkriegskonferenz beschloß, namens der französischen, britischen und italienischen Regierung an die griechische Regierung einen energischen Protest zu richten und von ihr angeichts der Tatsache, daß der Mord aus griechischem Boden geschah, unüberzüglich energische Untersuchung der Angelegenheit zu fordern.

Nom. 31. Aug. Nach aus London hierher gelangenen Informationen hat es die englische Regierung entschieden abgelehnt, der griechischen Bitte um Intervention nachzukommen.

Note Kreuz-Konferenz. Genf, 29. Aug. In Genf ist gestern die Konferenz des internationalen Komitees vom Roten Kreuz zusammengetreten, in der etwa 40 Rote Kreuz-Gesellschaften der einzelnen Länder und fast ebensoviel Gesellschaften sowie zahlreiche Hilfsgesellschaften vertreten sind.

Das Jungferlein von Avalon.

Weder Gudel noch ihr Vater hatten sich daher Herberts Verlangen widersetzt, nun die Heirat nicht länger hinauszuschieben. Rotemarie schrieb natürlich einen genauen Bericht über die Feiern an den Bruder im Heimatland. Es war eine Hochzeit im engsten Kreise, aber dafür um so gemütlicher.

Trant, und seinen Genfer Konsul. Im Vordergrund der Beratungen steht eine Auseinandersetzung zwischen dem internationalen Komitee vom Roten Kreuz und der Liga der Rote Kreuz-Gesellschaften.

Paris, 29. Aug. Poincare wird am Sonntag, den 2. September an drei Plätzen Reden halten. Am 9. September wird Poincare bei zwei Denkmalsentwürfen sprechen.

Todesurteil gegen einen deutschen Truppenführer. Paris, 29. Aug. Das Echo de Paris meldet aus Nancy, daß das dortige Kriegsgericht des 20. Armeekorps den deutschen Generalmajor Otto von Jäger, der 1914 die 9. bayerische Infanterie-Brigade befehligte, in contumaciam zum Tode verurteilt.

Das neue japanische Kabinett. Tokio, 29. Aug. Admiral Graf Kombei Yamamoto ist mit der Reorganisation des Kabinetts als Nachfolger des verstorbenen Grafen Dato beauftragt worden.

London, 29. Aug. Neust Chamberlain (kons.) wurde zum Schatzkanzler im Kabinett Baldwin ernannt.

Baden. Nationale Steuerpolitik.

In seiner letzten innerspäterischen Wochenschau Nr. 393 der Kreuzzeitung vom 26. August befand sich der sehr weit rechtsstehende Graf Westarp auch mit den neuen Steuern und der Devisennotverordnung. Daß letztere ihm und den Kapitalgebern, die davon betroffen werden, höchst unangenehm ist, daß insbesondere der Devisennot und die eventuelle Vermögenskonfiskation auf Leute wie Graf Westarp und Vermögensgenossen durchwegs peinlich wirken müssen, glauben wir gerne, ja daß halten wir bei ihrer Sinnlosigkeit für gar nicht anders möglich.

Wieso mit anderen Worten: der Graf wünscht auch eine Erhöhung der „Mengen des Devisenbesitzes von kleinen Leuten“, die nach seiner Auffassung andauernd nicht unbeträchtlich sind.

Das ist in sich selbst ein Widerspruch. Daß die Devisennotverordnung nicht unbeträchtlich ist, ist ja für die kleinen Leute, die von der Devisennotverordnung betroffen sind, eine sehr unangenehme Sache. Und so ist es mit allen anderen Steuererhöhungen.

Daß die noch unter dem Kabinett Cuno geschaffenen neuen Steuern von den Deutschnationalen mitbewilligt wurden, gibt dem Grafen Veranlassung, diese Politik zu rechtfertigen, läßt ihn aber zu folgendem überaus schmerzlichen Schluß kommen: Gerade ihre (der Deutschnationalen) Zustimmung zu diesen Steuern macht ihnen den Rücken frei zu rücksichtsloser Bekämpfung der brutalen Steuerpolitik des Herrn Silberding.

Den Sinn solcher Worte versteht man am ehesten besonders in landwirtschaftlichen Kreisen der Deutschnationalen vorzüglich zu deuten. Denn offenbar hat, wie die Germania in Nr. 238 mitteilt, die Kreisgruppe Stolz des Pommerischen Landbundes an ihre Mitglieder folgende Aufforderung gerichtet: Jeder beschaffe sich Beweismittel, die die Unmöglichkeit rechtzeitiger Zahlung darzutun geeignet sind.

Sier hat man ein typisches Beispiel offener Aufforderung zur Steuerhinterziehung. Daß man ihr beim Pommerischen Landbund gerne nachkommen wird, daran können wir leider nicht zweifeln. Aber es ist doch tieftraurig, daß eine solche Aufforderung gerade aus der Mitte der Partei heraus erfolgt, die sich mit Ostentation „deutsch“ und „national“ nennt.

Die Nationalität besteht nicht in großem Gerede und Hurrufen, sondern darin, daß man den Gebieten des Staates gerne und freudig Gehoramt leistet. Nicht der handelsvaterländisch, der immer das Wort Vaterland im Munde führt, sondern der, der still und unauffällig seine Pflicht tut, selbst auf die Gefahr hin, minder national genannt zu werden.

Kommunistenverhaftungen in Karlsruhe. Die kommunistische Mannheimer Arbeiterzeitung bringt eine Meldung aus Karlsruhe, wonach hier die Kommunisten Köhler, Hammer und Schmittler von der politischen Polizei im Auftrag des bödisehen Innenministers verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden sind.

Kirchliche Nachrichten.

Grünigen, 29. Aug. (Primiziafeier). „Eine Gemeinde, die ihre Priester ehrt, ehrt sich selbst.“ Das war die Parole, die der Bürgermeister von Gr. für seine Gemeinde ausgab, als er galt, nach 91 Jahren wieder einmal eine Primizia zu feiern.

Man hat wohl nicht übersehen, daß die Primizia eine alte kirchliche Gewohnheit ist, die in der Zeit der Reformen aufgehört hat. In Grünigen ist sie durch die Bemühungen des Pfarrers wieder eingeführt worden.

Die wirtsch. Lage der Geistlichen. Zu der vorerwähnten Gedächtnisrede in obigen Beitrag wird uns zur Mitteilung an die Geistlichen von zuhauseher Seite mitgeteilt, daß inzwischen mehrere namhafte Zusätze des Staates zur Befreiung der Geistlichen bereitgestellt werden, die voraussichtlich in der kommenden Woche vorerst in runden Beträgen zur Auszahlung gelangen werden.

Ein Kind aus der Kaserne. Ein Kind aus der Kaserne ist vor kurzem durch einen Unfall ums Leben gekommen. Die Leiche wurde in der Nähe der Kaserne gefunden.

Die Beauftragung. Die Beauftragung eines Beamten ist durch einen Streit zwischen den Parteien in Frage gestellt.

Die Beauftragung. Die Beauftragung eines Beamten ist durch einen Streit zwischen den Parteien in Frage gestellt.

Chronik.

Manheim, 30. Aug. Die täglich wachsende Zahl der Ausweisungen von pädagogischen Lehramtskandidaten ist ein Grund zur Besorgnis.

Manheim, 30. Aug. Die Tätigkeit der Polizei ist durch eine Reihe von Verbrechen im vergangenen Monat sehr lebhaft gewesen.

Manheim, 30. Aug. Die Tätigkeit der Polizei ist durch eine Reihe von Verbrechen im vergangenen Monat sehr lebhaft gewesen.

Manheim, 30. Aug. Die Tätigkeit der Polizei ist durch eine Reihe von Verbrechen im vergangenen Monat sehr lebhaft gewesen.

Manheim, 30. Aug. Die Tätigkeit der Polizei ist durch eine Reihe von Verbrechen im vergangenen Monat sehr lebhaft gewesen.

Manheim, 30. Aug. Die Tätigkeit der Polizei ist durch eine Reihe von Verbrechen im vergangenen Monat sehr lebhaft gewesen.

Manheim, 30. Aug. Die Tätigkeit der Polizei ist durch eine Reihe von Verbrechen im vergangenen Monat sehr lebhaft gewesen.

Manheim, 30. Aug. Die Tätigkeit der Polizei ist durch eine Reihe von Verbrechen im vergangenen Monat sehr lebhaft gewesen.

Manheim, 30. Aug. Die Tätigkeit der Polizei ist durch eine Reihe von Verbrechen im vergangenen Monat sehr lebhaft gewesen.

Manheim, 30. Aug. Die Tätigkeit der Polizei ist durch eine Reihe von Verbrechen im vergangenen Monat sehr lebhaft gewesen.

Ein Kind aus der Kaserne. Ein Kind aus der Kaserne ist vor kurzem durch einen Unfall ums Leben gekommen. Die Leiche wurde in der Nähe der Kaserne gefunden.

Die Beauftragung. Die Beauftragung eines Beamten ist durch einen Streit zwischen den Parteien in Frage gestellt.

Die Beauftragung. Die Beauftragung eines Beamten ist durch einen Streit zwischen den Parteien in Frage gestellt.

Die Beauftragung. Die Beauftragung eines Beamten ist durch einen Streit zwischen den Parteien in Frage gestellt.

Die Beauftragung. Die Beauftragung eines Beamten ist durch einen Streit zwischen den Parteien in Frage gestellt.

Die Beauftragung. Die Beauftragung eines Beamten ist durch einen Streit zwischen den Parteien in Frage gestellt.

Die Beauftragung. Die Beauftragung eines Beamten ist durch einen Streit zwischen den Parteien in Frage gestellt.

Die Beauftragung. Die Beauftragung eines Beamten ist durch einen Streit zwischen den Parteien in Frage gestellt.

Die Beauftragung. Die Beauftragung eines Beamten ist durch einen Streit zwischen den Parteien in Frage gestellt.

Die Beauftragung. Die Beauftragung eines Beamten ist durch einen Streit zwischen den Parteien in Frage gestellt.

Die Beauftragung. Die Beauftragung eines Beamten ist durch einen Streit zwischen den Parteien in Frage gestellt.

Die Beauftragung. Die Beauftragung eines Beamten ist durch einen Streit zwischen den Parteien in Frage gestellt.

Die Beauftragung. Die Beauftragung eines Beamten ist durch einen Streit zwischen den Parteien in Frage gestellt.

Die Beauftragung. Die Beauftragung eines Beamten ist durch einen Streit zwischen den Parteien in Frage gestellt.

Die Beauftragung. Die Beauftragung eines Beamten ist durch einen Streit zwischen den Parteien in Frage gestellt.

